

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 7. und durch Kustodier zu beziehen. Preis pro Woche 1.20 Bfg. für 3 Monate 3.60 Bfg. Durch die Post bezogen 3.75 Bfg. frei in Haus 4.12 Bfg. wo keine Post am Orte 4.50 Bfg.

# Volksmacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Abonnementpreis beträgt für die einjährige, vierteljährliche oder halbjährliche Lieferung 12.00 Bfg. (Kubertbad 15 Bfg. Postgebühren unter Zugl. 2.00 Bfg. Auf. für Arbeitsmarkt, 2.00 Bfg. Arbeitsmarkt, 2.00 Bfg. Familien-Nachrichten 2.50 Bfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 12.

Breslau, Dienstag, den 15. Januar 1918.

29. Jahrgang.

## Unklarheit und Unsicherheit.

### Wieder unterbrochen.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sind wieder einmal unterbrochen worden, weil sich die Ansichten der Unterhändler unvereinbar entgegensehen. Die Russen beharren auf ihrer Anschauung, daß es zum Selbstbestimmungsrecht der Völker an der Ostsee und in Polen gehört, daß die fremden (also die deutschen) Truppen zurückgezogen werden. Dann erst, wenn keine fremden Beamten und „Ajonette“ ihnen den Willen diktiert, können die Völker frei entscheiden, wohin sie in Zukunft gehören wollen.

Demgegenüber entwickelte General Hoffmann ein Programm, das als ein unverrücktes Annexionsprogramm angesehen werden muß. Aus ihm klang der Grundgedanke der deutschen Armee: „Hier bin ich, hier bleibe ich!“ Die Litauer, Polen und Kurländer hätten in so und so vielen Seremen und Versammlungen den „deutschen Schutz“ verlangt, sie hätten selber keine Bahnen, keine Post, keinen Rechtsschutz, keine Armee, also müssen die Deutschen da bleiben, um ihnen dies alles zu belassen und das staatliche Leben dadurch erst möglich zu machen. Ja, aus anderen Wendungen ging auch unzweideutig hervor, daß man diesen „selbständigen Staaten“, die den deutschen Schutz nachgesucht haben, zur „Sicherung der Grenzen“ auch einige Grenzkorrekturen zumuten wird, natürlich sollen sie selbst „freiwillig“ dabei zustimmen, wenn der russische Einfluß ausgeschaltet ist. Es handelt sich, wie in Berliner Blättern schon seit einer Woche angedeutet wird, im Norden um die polnisch-litauischen Bezirke Suwalki und Augustowo, deren ganze Verwaltung schon seit Jahr und Tag darauf eingerichtet ist, im Süden um ein wertvolles Kohlenrevier. In Betracht kommen dabei die polnischen Bezirke Bendzin, Czestochau, Wielun und Olkusz. Wenigstens sind diese Bezirke, die einen ganz beträchtlichen Teil Konareppolens ausmachen, in einer vertraulichen Denkschrift der Doppelner Handelskammer als dringend notwendig für das ober-schlesische Wirtschaftsgebiet bezeichnet worden.

Das Ganze ist ein unverrücktes Annexionsprogramm, wie es mit dem Zusatz „keine Annexionen und keine Kriegsentwicklungen“ unvereinbar ist und daraus ergeben sich für uns die selbstverständlichen Folgerungen.

Der Ton, den die deutschen Militärs in Brest-Litowsk anschlagen, weicht erheblich von dem ab, den die Unterhändler des Auswärtigen Amtes führen. Das wird denn auch von der alldeutschen Presse mit einem heftigen Tadel begrüßt. Sie hat zwar nicht erreicht, daß Kühlmann gehen muß, aber sie hat erreicht, daß das Gewicht der Erklärungen vom 25. Dezember geschwächt und zum Teil aufgehoben ist. Deshalb kann auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift „Tatsachen und Gerüchte“ beschwichtigen:

Reichskanzler Graf Hertling hielt in den letzten Tagen mehrfach dem Kaiser Vortrag und hatte zahlreiche Besprechungen. Eine vertrauensvolle Aussprache fand zwischen dem Reichskanzler und den zurzeit hier anwesenden Heerführern statt. Die Mitteilungen über den heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß Staatssekretär von Kühlmann und Vizekanzler Graf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Richtig ist dagegen, daß Graf Kanitz aus Kopenhagen und Dr. Rosen aus dem Haag in Berlin eingetroffen sind, angeblich nur aus persönlichen Gründen. Ein sehr merkwürdiges Zusammentreffen. Die Herren gelten neben Bernstorff als unsere wichtigsten Diplomaten und man hat ihre Anwesenheit deshalb mit der deutschen Antwort auf Wilson und Lloyd George in Verbindung gebracht, die um einige Tage verschoben sein soll. Inzwischen dauern die Gespräche im königlichen Schloß an, bald sind es Anhänger der „militärischen“ Richtung, bald Anhänger des Kanzlers und Kühlmanns, die dort geladen werden. Nach einigen Berichten ist eine Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen Auswärtigem Amt und dem Gehiet der Heerführer gezogen, was eine sehr äußerliche Sache sein würde. Es gibt hier nur klare Zuständigkeiten, entweder die Richtung der Verhandlung ist

letztere im Osten in die Praxis um, kann man sich die Wirkung auf die Gegner im Westen, auf die Völker und auf die ganze Welt ausmalen. Und auch wenn Rußland, das entkräftete und kriegsunwillige, dabei jetzt klein nachgeben müßte: Freundschaft und gute Beziehungen, die wir so notwendig brauchen, holen wir uns dabei nicht!

Der „Vorwärts“ sagt zu den Krisengerichten: Man erzählt sich, daß der Kurs der äußeren wie der inneren Politik eine ganz plötzliche Schwendung erfahren soll, daß Kühlmann insgeheim gehen und Hertling nicht mehr lange bleiben werde. Welcher Art die Richtung ist, der man den Sieg zubricht, braucht kaum noch näher gesagt zu werden. Es handelt sich um die Aufstellung eines hüllen- und lückenlosen Annexionsprogramms in Ost und West und um die sich daraus von selbst ergebenden innerpolitischen Konsequenzen.

Es besteht in diesem Augenblick keine Möglichkeit, diese Gerüchte nachzuprüfen, sie sind wahrscheinlich zum mindesten verfrüht. Daß sie aber anstücken und geglaubt werden konnten, ist ein Zeichen der Zeit, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann. Denn es würde sich dabei u. a. eine fundamentale Veränderung unserer politischen Verhältnisse handeln, die auch auf die Arbeiterklasse mächtig zurückwirken und sie sehr kurz oder lang vor die Notwendigkeit neuer Entschlüsse stellen würde.

### Die „Einigung“.

Berlin, 15. Januar. Die Empörungen des Reichskanzlers und der beiden obersten militärischen Führer durch den Kr. ser haben, wie nach der „Volksmacht“ berichtet, gestern eine Lösung der politischen und militärischen Fragen angebahnt, die zu einer kritischen Zuspitzung geführt hätten. Man darf annehmen, daß in den wesentlichen Punkten ein Einvernehmen zwischen der politischen und militärischen Leitung erzielt ist, wobei die von der obersten Heeresleitung vertretenen militärischen Gesichtspunkte in vollem Maße zur Geltung kommen werden. Es ist anzunehmen, daß die gemeinsame Besprechung beim Kaiser, die heute erfolgt, das Ergebnis der Vorbereitungen bestätigen wird.

### Die Zentrums-Auffassung.

Die „Schlesische Volkszeitung“ schreibt: Noch früher als die „Nordd. Allg. Ztg.“ leuchtet folgende Feststellung den alldeutschen Krisenmachern ins Gesicht:

Berlin 14. Januar. Gegenüber den Krisenmeldungen der letzten Tage sei folgendes festgestellt:

1. Reichskanzler Graf Hertling hält an dem Standpunkt seiner Rede vom 25. November 1917 unerschütterlich fest.
2. Staatssekretär von Kühlmann hat keinerlei neue Funktionen erhalten.

Damit ist darzulegen, daß all die alldeutschen Treiberlein der letzten Tage jeder tatächlichen Grundlage entbehren.

### Die Freude der Alldeutschen.

Berlin, 15. Januar. Die „Post“ meint: Die deutschen verantwortlichen Stellen denken nicht daran, die deutschen Truppen falls über Kopf an die alte deutsche Grenze zurückzuführen, nur damit die jetzt schon in Estland eingetretene Anarchie dort alle Verhältnisse trübt und kann irgendwelche unkontrollierbaren Selbstbestimmungen unmögliche und sinnwidrige Forderungen schaffen.

Der „Total-Anzeiger“ meint, es habe sich von vornherein vermeiden lassen, daß Herr Trost eine andere Tonart anschlagen würde, als die Genossen, die vor ihm allein in Brest-Litowsk die russische Sache zu führen hatten. Er werde sich mittlerweile davon überzeugt haben, daß auch die deutschen Delegierten über andere Regier. verfügen und daß sie sich nicht scheuen, auf einen Scheinm einzuhaften zu setzen. Die von den Vertretern der deutschen Obersten Heeresleitung geäußerte Sprache habe den Borzug der Klarheit, sie möge den Russen gefallen oder nicht. Wenn Herr Trost nach Brest-Litowsk gekommen sei, um es mit uns zu verberken, so dürfte das russische Volk anderer Meinung sein, das unter allen Umständen auf einen gütlichen Abschluß der Verhandlungen rede. Sollte es dann enttäuscht werden, so würde die Regierung der Bolschewiken die Folgen in erster Reihe zu tragen haben.

In der „Täglichen Rundschau“ wird die Sprache der deutschen Selbstbestimmung, des Rechts auf Selbstbestimmung anerkannt. Offenbar gebe sich Herr Trost rechtlich in dem Maße mehr einem radikalen Doktrinarismus hin, in dem die Einfindung in ihm und seinen Genossen wachse, daß sie vielleicht doch nicht dazu bestimmt seien, den jüngsten Tag der Weltgeschichte herbeizuführen.

Die „Germania“ hofft, daß die Russen einsehen werden, daß sie mit ihren Ansprüchen vollständig auf einem Holzwege

Der „Vorwärts“ meint, es müsse eine Einigung möglich sein, wenn der feste Wille dazu auf beiden Seiten vorhanden sei.

In der „Volkszeitung“ heißt es: Zwischen den Russen und den Verbündeten besteht eine gemeinsame Basis. Sie schien in diesen Tagen ins Wanken zu geraten. Die wir erfahren, sind die Verhandlungen in Brest-Litowsk gestern nachmittag wieder aufgenommen.

### Die Wahl in Danzig.

Deren Endresultat jetzt erst bekannt wird, hat doch noch ganz andere Ziffern gezeigt, als anfänglich gemeldet wurde. Das endgültige Ergebnis ist: Dr. Herrmann (kons.) 8853, Pader (Fortfchr. Bpt.) 4920, Uhlig (Soz.) 8733. Da die Zahl der Wahlberechtigten im ganzen etwas über 23000 beträgt, haben gut 95 v. H. aller Wähler ihr Stimmrecht ausgeübt.

Diese Zahlen sind im Verhältnis noch viel günstiger für die Sozialdemokraten als die ersten, denn es haben gegen 1912 abgenommen: die Stimmen der Rechten um 5201, die Stimmen der Liberalen um 2964, die Stimmen der Sozialdemokraten um 2680. Die Konservativen haben 36 Prozent ihrer Stimmen verloren, die Liberalen 38 Prozent, die Sozialdemokraten dagegen nur 23 Prozent, das ist in Berücksichtigung der vielen Eingezogenen ein großer Gewinn.

Die Anhänger des Verständigungsfriedens haben 13600 Stimmen gegen 8853 konservative. Wenn die Liberalen, unter denen sich allerdings auch Nationalliberale verbergen, auf dem Platze sind, kann der Kreis gewonnen werden.

### Aufgepaßt!

Die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses hat sich bis Donnerstag vertagt. Die Generaldiskussion, die bereits drei Sitzungen in Anspruch genommen hat, wird fortgesetzt werden. Ob sie in dieser Woche zum Abschluß kommt, ist zweifelhaft, da noch eine Reihe von Rednern gemeldet ist und weitere Meldungen zu erwarten sind. Die Aussprache in der Generaldiskussion ist breit und gründlich, aber fruchtbar und nützlich ist sie nicht. Es ist insbesondere von konservativen Rednern im Rahmen dieser sogenannten Generaldiskussion über alles Mögliche gesprochen worden, über Polen und Galizien, die Trennung von Schule und Kirche, über den Segen des Stodes in der Schule, über Mittelstand und Arbeiterfragen, über die Demokratie im alten Hellas und im Römerstaat, es werden Belehrungen aus gelehrten Geschichtswerken, spaltenlange Artikel aus Zeitungen und Aufsätze von Politikern aus weit zurückliegenden parlamentarischen Auseinandersetzungen in größter Breite vorgetragen — natürlich immer unter dem Vorwand, die Verhandlungen zu vertiefen und zu klären, aber mit der Wirkung, daß die Beratung nur im Schnecken tempo vorwärts kommt. Was in der Generaldiskussion ausgeführt wird, kann ebenso gut in der Spezialberatung bei den einzelnen Paragraphen gesagt werden und wird voraussichtlich dort wiederholt werden. Die Taktik der Konservativen ist offensichtlich auf mögliche Verschleppung der Verhandlungen gerichtet. Die Deffentlichkeit hat alle Veranlassung, das Treiben der Wahlrechtsgegner in der Kommission mit voller Aufmerksamkeit zu verfolgen und auf das nachdrücklichste Protest dagegen zu erheben, daß das Wahlrecht des preussischen Volkes zum Spielball faktischer Mächte und Verschleppungstendenzen gemacht wird.

### Einigung mit der Ukraine.

Stockholm, 14. Januar. Zwischen den ukrainischen Deputierten und Senin ist, laut dem „Total-Anzeiger“, folgendes Übereinkommen abgeschlossen worden:

Die Streitigkeiten zwischen Bolschewiken und Wladimir Lenin sind. Die Truppen der ukrainischen Regierung sind zum ukrainischen Kampf gegen die Bolschewiken. Eine allgemeine russische Landesregierung soll als Sekretariat der ukrainischen Landesregierung gebildet werden. Die ukrainische Landesregierung tritt am 15. Januar in Kraft und hat folgende Aufgaben zu erfüllen: Die ukrainische Landesregierung ist eine provisorische Landesregierung, die die Leitung über die Aktivitäten der ukrainischen Landesregierung, die Sozialisation des Landes, Bekämpfung von wirtschaftlichen Unternehmungen und finanzielle Administration der Staatsgütern.

# Schwierigkeiten in Brest-Litowsk.

**Brest-Litowsk, 13. Januar.** (RFA.) Die am 11. Januar, konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. Januar und am 12. Januar drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Nach einer kurzen einleitenden Diskussion über formale Fragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an der ersten Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Bestimmung des Kriegszustandes zwischen den Kriegführenden Teilen auszusprechen werden sollte. Dagegen lehnte es Trojki ab, anschließend hieran auszusprechen, daß die vertraglichschließenden Teile entschlossen seien,

„Loren in Frieden und Freundschaft zu leben.“  
Trojki fand, daß dies eine dekorative Phrase sei, die nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichnen welche zukünftig zwischen dem russischen und dem deutschen Volke bestehen würden. Er wollte, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden. Nach der Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurde festgestellt, daß die Einvernehmens darüber herrsche, die Klärung der von beiden Kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, bezagt, daß die Klärung des Gegenstandes in einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde. In einem früheren Stadium der Verhandlungen wurde Persien aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht ein Kriegführender Teil sei. Trojki schied hier, am Schluß der Sitzung seine Kräfte aus den Gebieten der besetzten neutralen Gebiete herauszuführen, und sagte ferner, daß er keinen anderen Grund zu dieser geplanten Änderung habe, als den Wunsch, das schreiende Unrecht zu betonen, daß von der russischen Regierung gegenüber dem neutralen Lande begangen worden sei.

Hierauf bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, er wolle diese Erklärung um so mehr, als auf Seite der Zentralmächte für das alte Europa der Verlust der österreichischen Sympathien befürchtet und sie nicht mehr wiederhergestellt werden könnten. Es kam sodann die Frage zur Besprechung,

in welchem Zeitpunkte die Klärung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde.

Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Klärung an den Zeitpunkte zu setzen, in welchem nach Abschluß des Friedens die Streitkräfte demobilisiert haben werde. Die Klärung der besetzten Gebiete an die erste Demobilisierung der Streitkräfte anknüpfen zu wollen, ist notwendig, weil die Gefahr liegt, daß während der Demobilisierung der Streitkräfte die Besetzung der Gebiete durch die Zentralmächte und deren Abhängigen leidet. In der Sache würde die Demobilisierung durchzuführen.

Trojki sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Klärung der besetzten Gebiete parallel mit der Demobilisierung der Streitkräfte durchzuführen. Er erklärte, daß die Klärung der besetzten Gebiete parallel mit der Demobilisierung der Streitkräfte durchzuführen zu wollen, ist notwendig, weil die Gefahr liegt, daß während der Demobilisierung der Streitkräfte die Besetzung der Gebiete durch die Zentralmächte und deren Abhängigen leidet. In der Sache würde die Demobilisierung durchzuführen.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete die Klärung zu erstrecken habe. Trojki führte an, daß die Klärung auf die Teile der besetzten Gebiete zu erstrecken habe, die vor dem Beginn des Krieges in der Hand der russischen Regierung waren, und die nach dem Beginn des Krieges in die Hände der Zentralmächte übergegangen sind.

Hierbei wird Staatssekretär von Kühlmann auf die Verhältnisse in Polen und der Ukraine hin, welche sich im Sinne der deutsch-seitigen Grundzüge konstatieren lassen, und welchen die Petersburger Regierung die Selbständigkeit zurückgeben sollte, abgesehen von ihrer Entstehung nicht nach den von ihr vertretenen Prinzipien erfolgt sei.

Demgegenüber hielt Trojki an dem von ihm vertretenen Standpunkte fest und bemerkte zu den vom deutschen Staatssekretär im Falle der besetzten Gebiete folgenden: Was den Anhang betrifft, so war es nicht okkupiert von russischen Truppen. Der Wille des inländischen Volkes äußerte sich in einer Art von Revolte, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von welcher Seite konnte nicht die leiseste Anwendung barenen erfahren werden, daß der gedachte Wille des inländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen behauptete Trojki, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte am 21. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 21. Dezember ein Widerspruch bestehe, der aus den Kommentaren der deutschen Presse übrigens deutlich hervorgeht.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß die Dokumente Auszüge derselben seien und derselben Politik seien, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage an dem 21. Dezember im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 21. Dezember und brachte ebenso auch den Hinweis, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu diesen Beziehungen des weiteren fest zu stellen beabsichtigt sei. Trojki antwortete, daß die nach Abschluß der Verhandlungen Teile Polens und die nach Abschluß von Willensbestimmungen schon bestehenden Organe jetzt schon herbeiführen seien. Verhandlungen zu treffen, die für ihre Zukunft für auf und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verhandlungen Bestimmungen hinsichtlich der Übernahme von Grenzverletzungen zu finden, so sei es nicht ebenfrei sein sollten, ja tra was ihnen beliebt, wie in anderen.

Trojki glaubte, in dieser Fassung eine Unterabstimmung des Grundgesetzes der Selbstbestimmung

erbliden zu müssen und wolle die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerschaften dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen seien, wenn sie nach dem Recht haben sollten, über die Gebietsverhältnisse zu verhandeln. In eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber tatsächlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär v. Kühlmann aus, der Vertreter besetzte sich darüber, daß wir hier noch keine Vertreter der besetzten Nationen bei den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen seien, so bin ich mir nicht sicher, daß es nicht besser wäre, über den Gehalt der russischen Deklaration zu sprechen, die für die Nationen zu berücksichtigen, ob und in welcher Form eine Vereinigung der Nationen der fraglichen Nationen an anderen Verhandlungen sich ermöglichen lasse. Der russische Vorschlag enthält keine Willigkeit, der Frage der Heranziehung von Vertretern der besetzten Gebiete näher zu treten hätte eher für eine Klarheit zu wirken, in welcher Weise die Vertreter dieser Gebiete getötet werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt anzuerkennen wären, im Rahmen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Trojki beantragte darauf mit Rücksicht auf die letzten, in der Nachmittagsitzung des 11. Januar abgehaltenen außerordentlich wichtigen Erklärungen der Vertreter der Mittel-Delegation, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung im Anschlusse zu beraten.

Ob die letzten schon selbständig?  
In der Sitzung am 12. Januar rekurrierte Staatssekretär von Kühlmann auf das, was er bei der vorhergehenden Besprechung aus dem russischen Vorschlag ableitete, und wie er bei der Verhandlung darüber geäußert, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

Die russische Delegation verlangte zu der Verhandlung, daß es zu Verhandlungen über die Selbstbestimmungsrechte der Nationen kommen sollte. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

Die russische Delegation verlangte zu der Verhandlung, daß es zu Verhandlungen über die Selbstbestimmungsrechte der Nationen kommen sollte. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

Die russische Delegation verlangte zu der Verhandlung, daß es zu Verhandlungen über die Selbstbestimmungsrechte der Nationen kommen sollte. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

Die russische Delegation verlangte zu der Verhandlung, daß es zu Verhandlungen über die Selbstbestimmungsrechte der Nationen kommen sollte. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

Die russische Delegation verlangte zu der Verhandlung, daß es zu Verhandlungen über die Selbstbestimmungsrechte der Nationen kommen sollte. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

Die russische Delegation verlangte zu der Verhandlung, daß es zu Verhandlungen über die Selbstbestimmungsrechte der Nationen kommen sollte. Er erklärte, daß die Petersburger Regierung bereit ist, in einer Art von Verhandlungen die Selbstbestimmungsrechte der Nationen zu berücksichtigen.

1. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich der früheren russischen Kaiserreiche nicht die russische Regierung keine Schritte, die in gewissermaßen staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würde. Die alten Grenzen des früheren Kaiserreiches, Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, sind zusammen mit dem Juremorsus verschwunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker der russischen Republik und der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsmäßige Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der genannten Gebiete. Nur dann wird sich die russische Republik gesichert fühlen vor einem Hineingeraten in irgendwelche territoriale Streitigkeiten und Konflikte, wenn sie überzeugt sein wird, daß die Völker, die sie von ihren Nachbarn trennt, gebildet sei durch den freien Willen der Völker selbst und nicht durch Gewalt von oben, die nur für kurze Zeit diesen Willen unterdrücken könnte.

3. Die so verstandene Aufgabe setzt die Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns von der einen und Russlands von der anderen Seite über die vier Hauptpunkte in Bezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, in Bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, bei welchen die Lösung der Frage von den russischen Behörden der entsprechenden Territorien der Nationen vollzogen werden sollte, in Bezug auf das Nebensächliche, das die Völker der endgültigen staatsrechtlichen Konstitution dieser Gebiete befehlen solle und in Bezug auf die Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird, voraus.

Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen werde den Paragraphen 2 des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember zu entnehmen sein. Auf demselben Tage, das Selbstbestimmungsrecht den Nationen zu gewähren, also auch den Teilen, die außerhalb der Besatzungszone leben. Deutschland und Österreich-Ungarn sollten ihrerseits kategorisch erklären, daß sie keine Ansprüche auf die Einverleibung der besetzten Gebiete oder auf Grenzkorrekturen haben. Beide Teile sollten sich verpflichten, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen und sie vor der endgültigen Konstitutionierung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beeinträchtigen. Die Abänderung soll nach Rücksichtnahme der fremden Völker und der Rechte der Minderheiten sowie der evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Truppen soll durch eine besondere Kommission bestimmt werden, entsprechend der Lage der Transportmittel usw. Der Umfang der Truppen soll nationaler Truppen und lokaler Truppen abhingen. Die Rückstellungen und Evakuierten soll die volle Freiheit und materielle Möglichkeit zur Rückkehr gegeben werden.

Von der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatsrechtlichen Konstitutionierung soll die innere Verwaltung in die Hände eines temporären Organes übergeben, das mit der Verwaltung der politischen Parteien gebildet wird. Die endgültige Entscheidung über die Staatsform der Gebiete und ihre Staatseinrichtung soll durch ein allgemeines Referendum erfolgen. Nach andere kleinere Fragen betrifft, so könnten sie dahin behandelt werden, daß sie im Zusammenhange mit dem genauen Antwort auf diese Punkte beantwortet werden.

Antwort eines deutschen Unterhändlers.  
Hierauf erbat General Hoffmann das Wort. Er führte aus:

Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande wären und uns die Bedingungen diktiert hätten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengegesetzt sind. Das siegreiche deutsche Volk steht in Ihrem Gebiet. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Antwortung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist doch schließlich lediglich auf Macht, und zwar auf eine Macht, die nicht durch Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder andere Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Verräter angesehen. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erläutern. In der Nacht zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongress in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Regimentsführern durch Bajonett und Revolvergewehre auseinandergejagt. Als die Petersburger Regierung ein Ultimatum und versuchte, die Zwangung ihres Willens mit Waffengewalt durchzuführen. So viel aus dem mir vorliegenden russischen Konkreten hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximale russische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Sekretariatung muß deshalb eine Einmischung in die Regierung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Fortsetzung von Rußland bereits klar und unzweifelhaft Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten Befehlshabern der Bevölkerung möchte ich folgenden hervorheben:

Am 21. September 1917 erbat die inländische Landbevölkerung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung Rußlands bezeichnete, den Schutz des deutschen Reiches. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landrat, der von den Führern des litauischen Volkes gebildet ist, den Wunsch der Abtrennung von allen fremden Verfassungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das deutsche Reich aus. Dergleichen Anfragen haben sich die Führer der Landbevölkerung sowie selbständig Reger Kreise angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 die Vertreter der Mittelmehrheit der ukrainischen, litauischen und belarussischen Bevölkerung sich von ihren bisherigen Beziehungen

abgesagt. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet.

Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet.

Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet.

Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet.

Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet.

Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet. Die russische Regierung hat diese Anfragen nicht beantwortet.



Nachruf.

Am 11. d. Mts. verstarb unser hochverehrtes Mitglied,

Herr Bezirksarmendirektor Paul Rumbaum

unverwartet im 63. Lebensjahre.

Der Verblichene war 12 Jahre als Mitglied der Armendirektion unermüdlich tätig.

Mit hervorragendem Eifer und seinem besten Wissen und Können hat er der städtischen Armen- und Waisenverwaltung bis zu seinem unvermuteten Hinscheiden gedient. Wir verlieren in ihm einen treuen Berater und Freund, dem wir jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Breslau, den 14. Januar 1918.

Die Armendirektion.

Kabarett Fürst Blücher

Reuschestr. 11-12.

Wollen Sie einen wirklich gediegenen Tag erleben, so versäumen Sie nicht, sich das großartige Künstlerprogramm in dem berühmten Kabarett Fürst Blücher anzusehen. Ab 16. d. M. neues Programm mit dem für Breslau vollständig neuen Schriftsteller-Humoristen

Friedrich Roman

Schauspieler und Operettensänger, der als solcher mit großem Erfolge vor einer Schwester des Deutschen Kaisers, sowie dem König Konstantin von Griechenland auftrat und auch als Regimentsliederdichter gefeiert wurde.

Flessy Vilga

Liedersängerin

Trude Werrnow

Heiteres zur Laute

Wera Rubin

Soubrette

Fifi Morla

Spitzenverwandlungskünstlerin.

Vorzügliche Weine · ff. Biere · la Küche

Direktor Johann Knebel.

frauen und Mädchen! Das Vaterland ruft Euch! Bringt Euren Goldschmuck der Goldankaufsstelle.

Humboldt-Verein.

Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Saale des „Schwarzen Adlers“, Bismarckstraße 21

Vortrag

von Fräulein Margarete Jentsch:

Ueber Rumänien.

Mit zahlreichen Lichtbildern. Eintritt frei.

Lichtspiele



Verderbliche Leidenschaft

Wildfeuer

Stotterer

erhalten umsonst die Broschüre: „Die Ursache des Stotterns u. Beseitigung ohne Arzt u. ohne Lehrer sowie ohne Anstaltsbesuch.“

Fachmännisch beraten, gut u. zuvorkommend bedient werden Sie bei mir.

Optiker Garai, Albrechtsstr. 3.

Ämtliche Anzeigen.

Gasverftunden.

Wegen Mangels an Eisenbahnwagen sind uns in den letzten Tagen nicht genügend Gasöfen zugeführt worden.

vom Mittwoch, den 16. Januar ab, vormittags von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr und nachmittags von 2 bis 4 1/2 Uhr

den Gasverbrauch durch Herabminderung des Drucks im Rohrnetz herren.

Während dieser Sperrzeiten ist die größte Vorsicht bei der Behandlung der Gasanlagen geboten. Es ist streng darauf zu achten, daß sämtliche Gasöfen vollständig geschlossen gehalten und alle Zündflammen außer Betrieb gesetzt werden, damit kein Gas aus der Leitung austreten kann.

Breslau, am 14. Januar 1918.

Der Magistrat hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate

in der Volkswacht kosten Sie kleine Zelle

nur 20 Pfennige

Kutscher

Brauerei HOPF & GÜRCKE, Breslau.

Selbständiger Elektro-Monteur

auch Kriegsbeschädigter! leichte Beschäftigung für sofort gesucht.

Fritz Scholz, Installationsgeschäft, Orlau.

Melterer Mann

Geirichsburg, Cosel.

Monteur oder Schlosser

Altschentschel, Breslau 6, Albrechtstr. 75

junger Laufmädchen

Wagner, Breslau 1, Albrechtstr. 11

Kauf

Frauenhaare

Ich konfe...

verschiedenes

Gausmeisterstelle

Starter Einspanner

Geirichsburg, Cosel.

Führer, Bildh. u. Bildh.

Schneider, Albrechtstr. 33

Verordn. der Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Theodor Reiter

im Alter von 60 Jahren.

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Stadt-Theater.

„Die Glorianten“

Lobe-Theater.

„Die beiden Freunde“

Thalia-Theater

Schauspielhaus

Lieblich Theater

Willy Prager

Desya u. Jerom

Lorch-Familie

3 Schwestern

Die Starling

Heinrich-Spielplan

Circus Busch

Assau, der Hünenwacker

Pfiffel u. Gamsstücken

Dr. Blumenfelds Freiheitsdressuren

Die Geierprinzessin

Orchester-Verein

L. van Beethoven

Seefahrts-Personal

Pfänder

Fleisch und Kartoffeln!

Stadttrat Prescher

Stadttrat Jungfer

Breslauer Aussch. für Kriegsaufklärung.

Viktoriatheater

Blatzheim

Deutscher Kaiser

Theater-Variete

Zum letzten Male: Maxe

Ossi Oswald

Orchester-Verein

L. van Beethoven

Seefahrts-Personal

Pfänder

Fleisch und Kartoffeln!

Stadttrat Prescher

Stadttrat Jungfer

Breslauer Aussch. für Kriegsaufklärung.

Eden-Theater

Der Onixknopf

Joe Deeb

Ossi Oswald

Orchester-Verein

L. van Beethoven

Seefahrts-Personal

Pfänder

Fleisch und Kartoffeln!

Stadttrat Prescher

Stadttrat Jungfer

Breslauer Aussch. für Kriegsaufklärung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau den 15. Januar.

Gasperrstunden!

Die von uns in unserer gestrigen Nummer schon ange...

Zum Schutz der Mieter.

Am 1. Januar dieses Jahres hat eine große Anzahl von...

Eine neue Bekanntmachung über Lohnpfändung

at der Reichsminister unterm 13. Dezember 1917 erlassen; sie...

Nach der neuen Bekanntmachung ist der Arbeitslohn...

Hat der Schuldner seinem Ehegatten oder ehelichen...

Sowohl bei alleinlebenden Schuldnern der unbefristete...

Einige Beispiele: 1. Ein lediger Schuldner hat jährlich...

2. Ein Schuldner mit Frau und drei ehelichen Kindern...

Zusammenruf von Eisenbahnbeamten-Vereinen

Am Sonntag tags in Breslau bei Pasko eine gut besetzte...

Die Stützen des Nationalen Frauendienstes im Dezember

Im Dezember wurden ausgegeben in den Subventionen...

Kanarische etc. beschlagnahmt.

Nach einer Bekanntmachung, die am 26. Januar in Kraft...

Wandkalender!

Das Beilegen besonderer Wandkalender ist in diesem...

Fleisch und Kartoffeln.

Heute Dienstag abend 8 Uhr sprechen im großen Saale...

Rüchungsarbeiter-Ordnung im Stadttheater.

Die nächste Vorstellung für kriegsbeschäftigte Arbeiter...

Ein Beitrag zur Kohlennot.

Uns wird geschrieben: Einige Fälle aus den letzten...

Genossin Gellisch auf dem Wege nach Russland. Aus...

Für gekürzte Pferde. Den Militärbehörden und Zivil...

Vorabendvorträge des Humboldt-Vereins. Donnerstag...

Drei Schlüssel am Ringe verloren auf dem Wege vor...

Eine gewerbedringliche Falschmeldung verhaftet. Nicht...

Ein vierjähriger Kinderwagen gestohlen wurde am 11...

Abhanden gekommen ist am 10. Januar d. J. auf der...

Feuer in der Seidenfabrik Spinnstoffwerke. Nach der...

Feuer in der Seidenfabrik Spinnstoffwerke. Nach der...

Feuer in der Seidenfabrik Spinnstoffwerke. Nach der...

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Groß-Rahnsdorf, 15. Januar. Eine Militärbes...

Schlesien und Posen.

Das Wetter.

Das Wetter der letzten Tage war in der ganzen Provinz...

Die Schmelze hat sich in den letzten Tagen in der...

Die Eisenbahnverkehr ist ins Stocken geraten.

Hirschberg, 11. Januar. Dem im Gebirge verunglückten...

Goldberg, 15. Januar. Beim Schlittenfahren verunglückt...

Deuthen E., 15. Januar. Drei Frauen folglos gefahren...

So ist, 11. Januar. Ein Leberleib. Der Schuhmacher...

Aus aller Welt.

Ein Regierungsrat wegen Diebstahls verhaftet. Zu...

Erdbeden in Oberitalien. In Mailand verspürte man...

Wegen verachteten Sattenmordes wurde eine Frau...

Ein fiefzehrjähriger Mörder. Der 17jährige Schelling...

Bresleneritz

zu der Bekanntmachung Nr. A. 15 230 S. P. 5. vom 15. Januar 1918.

Es ist eine Bekanntmachung kreisförmig beschlagnahm...

Der Vorstand in den oben bezeichneten Gegenständen...

Gingefandt.

Unter dieser Aufschrift veröffentlichen wir die Antworten auf die Briefe, die wir zur Beantwortung übergeben.

Die Auswärtigen.

Warum wird uns junger Frauen vom Lande nicht auch eine höhere Unterhaltung bewilligt? ...

Ihr Vaterlandsparteiler!

Schon oftmals haben wir in der 'Volkswacht' von der 'Deutschen Vaterlandspartei' gelesen und man muß kaum was dieser Partei in unserem Vaterlande erlaubt ist. ...

Die gefährlichste See

Kredens bei Schnee und hartem Regenwetter ist unbedingt für unsere schwachen Fische jetzt die gefährlichste. ...

Briefkasten.

Wohlfahrt 1. Ihre Depesche ist an einen Adressaten weitergegeben. ...

Wohlfahrt 2. Ihre Depesche ist an einen Adressaten weitergegeben. ...

Vom Geistesglauben zur Geistesfreiheit. Ein Geschichtsbuch der Geistesentwicklung zur natürlichen Weltanschauung mit zahlreichen Angaben aneurer Dichter und Denker.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholfreie Getränke, Bilz-Sinleco, Pharmazie, Herren-Garderobe, etc.

Konsum- und Sparverein 'Vorwärts' für Breslau und Umgegend. 15.000 Mitglieder - 13 Verkaufsstellen.

Restaurateure, Waren- u. Kaufhäuser, Kauthaus, etc.

Waren- u. Kaufhäuser, Kauthaus, etc. (Continuation of the directory)